

Christ“ (Evangelio . . . S. 74f.). Die Bischöfe begrüßen die aktive Präsenz der Christen innerhalb aller Parteien und Organisationen des öffentlichen Lebens.

Das Arbeitsdokument stellt an verschiedenen Stellen die Vielzahl der politischen Optionen heraus und betont das „Recht des Einzelnen auf das politische Risiko“ (a. a. O. S. 70), fährt dann aber so fort: „In diesem Punkt besteht die Aufgabe der Kirche einerseits darin, den Christen auf objektive Weise die Gefahren der Enthumanisierung zu zeigen, denen sich die verschiedenen politischen Optionen aussetzen, und andererseits in der möglichst intensivsten Festigung ihrer Treue zum Evangelium als humanisierender Kraft“ (a. a. O.).

Der Weg des Sozialismus zur Errichtung einer humaneren Gesellschaft und zur Aufhebung der sozialen Mißstände müsse befürwortet werden. Da es sich bei der chilenischen Reforminitiative aber um einen vorwiegend marxistisch gefärbten Sozialismus handele, so müsse der Christ vor dessen atheistischen und materialistischen Tendenzen gewarnt werden. „Vor der Entscheidung für den Sozialismus oder für die konkrete Form des Engagements bei seiner Konkretisierung muß jeder Christ, jede Gruppe und jede Partei positive oder negative Aspekte des Sozialismus an sich sowie seiner gegenwärtig in Chile entstehenden Form abwägen und sich bezüglich des letzteren die Frage stellen, ob sein stark marxistischer Geist wirklich erlauben wird, daß in ihn all die nötigen Korrekturen einfließen, die seine humane Anwendung garantieren“ (Art. 56). Nach Meinung der Bischöfe könnten gewisse Formen des Marxismus, durch die Würde und Freiheit des Menschen mißachtet werde, und wo das echte humane Denken fehle, ebenso „schlecht“ sein wie gewisse Formen des Kapitalismus (vgl. Art. 59, S. 65f.). Angesichts der Tatsache, daß diese Formen in verschie-

denen Ländern bereits verwirklicht wurden und angesichts der Folgen einer rein ökonomischen Einstellung, müsse jeder Christ zur Reflexion über die Vereinbarkeit der von ihm gewählten Form des Sozialismus mit den christlichen Grundwerten gemahnt werden. Die von vielen Chilenen vertretene Reduktion des Marxismus auf eine wissenschaftliche Methode zur wirtschaftlichen Entfaltung des Landes stelle eine gefährliche Sichtverengung dar (vgl. a. a. O., S. 47). Es heiße wachsam bleiben gegenüber den tieferen Implikationen der marxistischen Theorie, die zu einer Verformung der moralischen Normen, zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit und zur Manipulation und Beseitigung der demokratischen Grundrechte im Dienst der „Revolution“ führen könnten.

Diese Stellungnahme der Bischöfe war ein notwendiger Akt der Klärung. Im übrigen wird auch von katholischer Seite bestätigt, die Zwischenbilanz des ersten Regierungsjahres Allendes sei insgesamt positiv, aber noch für jede Form des Scheitern offen. Die Meinungsfreiheit der Informationsmedien besteht nach wie vor, abgesehen von Differenzen zwischen Allende und dem UPI-Büro in Santiago, die aber letztlich nicht die angedrohte Schließung der Agentur, sondern nur eine Personalveränderung zur Folge hatten. Die katholischen Privatschulen in Chile blieben — trotz der stärksten Befürchtungen — bisher ebenfalls unangetastet. Sämtliche Reformmaßnahmen Allendes blieben im Rahmen der Legalität, auch wenn es öfters Anzeichen gab, die Schraube staatlicher Kontrolle würde fester angezogen. Die weitere Entwicklung von Allendes Sozialismus wird die Zukunft zeigen, wobei wesentliche Bedeutung dem Verhältnis zwischen Allende und der Christdemokratischen Partei und der Entwicklung der gegenwärtigen Spaltungstendenzen innerhalb der Regierungskoalition und innerhalb der Partei Freis zukommen.

Taiwan zwischen Selbstbehauptung und Isolation

Seit dem 25. Oktober sind die Vereinten Nationen in eine neue Phase eingetreten. Mit 76 gegen 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen wurde der Volksrepublik China anstelle Nationalchinas die Mitgliedschaft und der ständige Sitz im Sicherheitsrat übertragen. Auch in einigen der UN-Unterorganisationen fand der Platzwechsel bereits statt. Damit ist ein 22 Jahre währender Streit entschieden. Die ersten Freudentänze sind vorbei, Spekulationen über das zukünftige Verhalten Pekings stehen inzwischen im Vordergrund.

Der „Sieger“ gibt sich gelassen, souverän und fordernd, von dem „Besiegten“ dagegen nimmt man kaum noch Kenntnis. Taiwan (d. h. die nationalchinesische Regierung auf der Insel Formosa), personifiziert in dem soeben 84 Jahre alt gewordenen Präsidenten, General *Tschiang Kai-schek*, wird allenfalls als „tragische Figur“ erwähnt. Da immer mehr Staaten plötzlich die Kehrtwendung in Richtung Peking vollziehen (seit der UN-Entscheidung entschlossen sich bisher Belgien, Peru und der Libanon dazu), verliert Taiwan, das seine eigene „Hallstein-Doktrin“ praktiziert, von Tag zu Tag an politischem Rückhalt in der Welt. Bis vor einem Jahr konnten die Nationalchinesen noch darauf verweisen, daß sie von weit mehr Staaten als legitime Vertreter Chinas anerkannt würden als das Festland. Mittlerweise hat sich das Bild vollkommen geändert. Die Folgen für die moralische, politische und

wirtschaftliche Zukunft Taiwans sind noch nicht abzusehen. Aus dem „rechtmäßigen Sprecher aller Chinesen“ ist, wenn auch nicht unerwartet, eine „Insel mit unsicherer Zukunft“ geworden.

Die Reaktionen in Taiwan selbst auf die neue Lage sind erstaunlich ruhig. Zwar wollte man offiziell bis zum Schluß nicht an die Niederlage glauben, doch bereitete *Tschiang Kai-schek* selbst schon mit seiner traditionellen Ansprache zum „Doppel-Zehnten“ (10. Oktober) auf die neue Entwicklung vor und mahnte zu Ruhe und Standhaftigkeit. Natürlich gab es heftige Proteste in der Presse ebenso wie ein Rücktrittsangebot des Außenministers, es gab Demonstrationen und Appelle zur Fortsetzung des „antikommunistischen Kampfes“. Aber all dies fiel gemäßiger aus als erwartet. Zwar brachten Studenten der „National Chung Hsing University“ (und nicht der katholischen Fu-Jen-Universität, wie die „Deutsche Tagespost“ am 5. 11. 71 meldete) dem Präsidenten und der Regierung ihre Sympathie und Gefolgschaft zum Ausdruck, indem sie eine blutgetränkte nationalchinesische Flagge zusammen mit einem mit Blut geschriebenen Brief überreichten („News from China“, 28. 2. 71), doch blieb dies die spektakulärste Erscheinung. Die Regierung versucht unterdessen, die verlorenen Positionen durch verstärkte bilaterale Beziehungen zu den verbliebenen Freunden und durch innenpolitische Veränderungen wettzumachen. Man

lenkt von der Misere ab, indem man auf drei soeben vereinbarte industrielle Großprojekte mit ausländischer Finanzierung verweist. Gleichzeitig versucht die Regierung mehr als je zuvor, das Volk auf die Ziele der „Kulturellen Erneuerungsbewegung“ zu verpflichten. Die Fiktion der „Musterprovinz“ als Anreiz und Vorbild für ganz China wird weiter gepflegt und entwickelt.

Das am dichtesten bevölkerte Land

Vieles, was Tschiang Kai-schek bis 1949 auf dem Festland — nicht zuletzt wegen des Krieges — nicht erreicht hat, konnte er auf der Insel Formosa verwirklichen. Mit ca. zwei Millionen Anhängern hatte er sich auf der Flucht vor den siegreichen Kommunisten unter Mao Tse-tung auf die von ca. sieben Millionen Menschen bewohnte Insel zurückgezogen, um von hier aus das Festland zurückzuerobern. Die Vorfahren der Taiwanesen waren zwar größtenteils aus den chinesischen Südpfeilen hierher ausgewandert, doch hatten sie sich nur kurze Zeit als Bewohner einer Provinz Chinas fühlen können. Allein von 1895 bis 1945 war Taiwan von Japan beherrscht. Nach 1945 mußten die Taiwanesen das harte Regime eines chinesischen Gouverneurs erdulden. Nach zwei Aufständen im Jahre 1947 fanden mehr als 20 000 Menschen den Tod. Tschiang Kai-schek wurde also keineswegs als Retter empfunden. Bis heute herrschen große Differenzen zwischen diesen beiden Hauptbevölkerungsgruppen vor. Mittlerweile hat Nationalchina — etwa so groß wie die Schweiz — fast 15 Millionen Bürger zu verzeichnen. Nach den zuletzt bekanntgegebenen Daten betrug die Gesamtbevölkerung Taiwans und seiner vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu am 15. Dezember 1970 14 781 430 Personen. Sie verteilten sich auf 2 638 644 Haushalte. 1956 hatte Taiwan vergleichsweise nur 9 367 661 Einwohner, 1966 aber schon 13 512 143.

Damit hat Taiwan nach einem Bericht des Familienplanungsausschusses 1970 mit 1054 Personen pro Quadratmeile die *höchste Bevölkerungsdichte* der Welt erreicht und den langjährigen „Spitzenreiter“ Holland übertroffen. Mit 4243 Personen pro Quadratmeile kultivierten Landes hat Taiwan mittlerweile auch hierbei die erste Stelle vor Japan erreicht. Diese „Rekorde“ verdeutlichen aber auch die Probleme, denen sich die Regierung gegenüber sieht. Schon seit einigen Jahren wird befürchtet, daß der in den letzten zwei Jahrzehnten erreichte Lebensstandard durch die ständig wachsende Bevölkerung in kurzer Zeit gebremst werden und durch unüberwindbare Aufgaben abgebaut werden könnte.

Das Bevölkerungswachstum wurde gefördert durch eine verbesserte Gesundheitspolitik, durch bessere Ausbildung und durch eine lange Zeit hinausgezögerte Familienplanung. So ist die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1945 erheblich gestiegen. Nach offiziellen Angaben beträgt sie heute bei Männern 65,1 Jahre und bei Frauen 70,8 Jahre. Die Vergleichszahlen des Jahres 1945 lauten: 48,6 und 51,8. Mit dem Hinweis darauf, daß in den nächsten dreißig Jahren mit einer Verdoppelung der Bevölkerung gerechnet werden muß, wird jetzt verstärkt die Geburtenregelung propagiert. Zwar konnte Taiwans Geburtenüberschuß in den letzten Jahren von 3 auf 2,3 % gesenkt werden, doch wäre bei dieser Entwicklung damit zu rechnen, daß in dreißig Jahren 2109 Menschen auf einer Quadratmeile leben müßten. Das würde außerdem bedeuten, daß die Ernte jeden Acres (1 ha = 2,41 acres)

kultivierten Landes 79 Personen ernähren müßte. Nachdem bereits verschiedene private Organisationen *Familienplanungsprogramme* angeboten hatten, sprach sich das nationalchinesische Kabinett am 12. April 1969 für ein von der Regierung unterstütztes Programm aus. Finanziert wird die Kampagne größtenteils mit US-Dollars des „Population Council of America“. Das vorläufige Ziel ist, auf diese Weise bis 1980 den Geburtenüberschuß auf 2 % zu senken. Angesichts der chinesischen Tradition und Mentalität war es nicht einfach, die Bevölkerung für das Familienplanungsprogramm zu gewinnen. Mit Hilfe der Rockefeller-Stiftung und der Princeton University ging man ab 1954 daran, demographische Daten zu sammeln. Dabei ergab sich u. a., daß entsprechend der Größe der Familien die Sterblichkeitsrate höher liegt und daß die Zahl der zur Adoption weggegebenen Kinder wächst.

Das wirtschaftliche Wachstum

Trotz dieser schon einige Zeit anstehenden Probleme kann Taiwan ein erstaunliches und weithin anerkanntes Wachstum aufweisen. Es ist nicht unangebracht, bei Taiwan von einem „*Wirtschaftswunder*“ zu sprechen, obwohl dieses Wunder mit günstigen Ausgangspositionen, amerikanischer Hilfe und nicht zuletzt chinesischem Fleiß zu erklären ist. Das Bruttosozialprodukt stieg in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 9 % und erreichte in den beiden letzten Jahren sogar mehr als 10 %. Das Pro-Kopf-Einkommen in Taiwan stieg 1970 auf 292 US-\$. Dies bedeutete gegenüber 1969 (258 \$) einen Anstieg von 13,2 %. 1952 lag das Pro-Kopf-Einkommen noch bei 42,9 US-\$. Entsprechend hat sich — trotz teilweise enormer Preisanstiege — der *Lebensstandard* entwickelt. Gab es z. B. 1952 nur 19 Radiogeräte für 1000 Menschen, so sind es heute bereits 110 und 27 Fernsehapparate (1952 gab es auf Taiwan noch kein Fernsehen). Ebenso stieg die Zahl der Autos und Motorräder rapide an. Der Pro-Kopf-Verbrauch von elektrischer Energie stieg von 32 kW im Jahre 1952 auf 188 kW 1970. Allein von Januar bis September dieses Jahres betrug der Export mehr als 1,5 Milliarden US-\$ bei einer Importrate von 1,43 Milliarden US-\$. Ob dieser gerade in der letzten Zeit zu verzeichnende Boom allerdings bei verstärkter Hinwendung der Handelspartner zur Volksrepublik China anhalten wird, bleibt sehr zu bezweifeln.

In drei *Vierjahresplänen* zwischen 1953 und 1964 erfolgte der wirtschaftliche Aufbau. War man zunächst nur bemüht gewesen, kurzfristig die Wirtschaft anzukurbeln, so waren die Vierjahrespläne auf ein langfristiges Wachstum ausgerichtet. Seit 1964 geht es hauptsächlich um eine Modernisierung und verstärkte Industrialisierung. Dabei ist man um vermehrte Investitionen bemüht. Besonderes Interesse gilt in letzter Zeit der Ansiedlung arbeitsintensiver Betriebe, um neue Arbeitsplätze für die Jahr für Jahr zu Tausenden von den Schulen kommenden Taiwanesen anbieten zu können.

Der Haupterfolg ist auf das Prinzip zurückzuführen, mit der Entwicklung des Agrarsektors zu beginnen und darauf aufbauend Industrieprojekte zu fördern. Mit Hilfe der landwirtschaftlichen Erfolge schuf man ausreichendes Kapital für die industriellen Investitionen und legte die Grundlage für einen wachsenden Markt für die industriellen Produkte. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang das Beispiel der taiwanesischen *Landreform* herausgestellt. In verschiedenen Stufen wurde dies Programm

ab 1949 durchgeführt (vgl. *Chen Cheng*, Agrarreform in Taiwan, Taipeh 1961). Zunächst setzte man die Landpachtraten auf 37,5% der jährlichen Haupternte herab, danach entschloß sich die Regierung zum Verkauf staatlichen Agrarlandes, um schließlich zu dem Programm „Das Land den Bauern“ überzugehen. Dabei kaufte die Regierung von den Grundeigentümern das verpachtete Land auf, zahlte eine angemessene Entschädigung und beließ ihnen einen Teil des Grundstückes zur Eigennutzung. Die ehemaligen Grundeigentümer wurden dann von der Regierung veranlaßt, einen Teil der an sie ausbezahlten Barbeträge in Industrieaktien anzulegen, mit deren Hilfe den Anlegern eine gesicherte Zukunft und der Regierung Kapital für die Industrialisierung geboten wurde. Mit Hilfe dieses Programms sind heute mehr als 90% der Bauern Eigentümer ihres Landes, während 1949 noch 64% Pächter waren. So wertvoll diese Reform für die wirtschaftliche Entwicklung Taiwans und für ähnliche Projekte in den Entwicklungsländern auch sein mag, sollte man doch die besonderen Voraussetzungen nicht vergessen.

Folgen der Landreform

Abgesehen von der durch den Koreakrieg erst hervorgerufenen massiven finanziellen Unterstützung der USA hatte es die Regierung leichter, solch einschneidende Maßnahmen durchzusetzen. Denn schließlich wurde das Programm von der Führungsschicht initiiert, die vom Festland kam und somit keine eigenen Opfer zu bringen brauchte. Betroffen waren diejenigen, die ohnehin nicht von den neuen Herren begeistert waren. Und die hohen Summen für die Entschädigung der ehemaligen Grundbesitzer konnten aus dem beschlagnahmten Vermögen bezahlt werden, das bis 1945 den japanischen Besatzern gehört hatte. Diese „Entmythologisierung“ ist wohl notwendig, um den Modellcharakter der Reform realistischer einschätzen zu können. Inzwischen haben sich im Bereich der Landwirtschaft zudem Probleme gezeigt, die einer baldigen Reform bedürfen. Zwar konnten durch Ausnutzung aller Möglichkeiten die Erträge von Jahr zu Jahr gesteigert werden, doch erlaubt die geologische Beschaffenheit der Insel kaum eine nennenswerte Ausweitung bebaubaren Bodens. Diese Fläche ist nach wie vor auf etwa ein Viertel der Gesamtfläche begrenzt. Die Bevölkerung gerade auf dem Lande hat sich jedoch zunehmend vermehrt. Durch Vererbung des Bodens im traditionellen chinesischen Sinne droht das Landreform-Projekt in eine unwirtschaftliche und unübersichtliche Zerstückelung des Bodens auszuarten.

Erste Folgen waren verstärkte *Landflucht* und Verringerung des Lebensstandard-Wachstums (vgl. dazu die ausführliche Darstellung von *A. Y. C. Koo*, *La réforme agraire et l'emploi à Taiwan*, in: „Revue Internationale du Travail“, Vol. 104, Nr. 1—2 / Juli-August 71). Im Vergleich zum industriellen Wachstum fällt die landwirtschaftliche Entwicklung stark zurück. Die erhöhten Einnahmen der Bauern können nicht mit den gestiegenen Kosten Schritt halten. Deshalb befaßte sich die 10. Nationalversammlung vom 29. März bis 9. April 1969 mit dieser Frage und verabschiedete weitgehende Änderungsvorschläge (vgl. „Free China Review“, Juli 1970). Das neue Programm soll u. a. berücksichtigen, daß heute das Ziel nicht mehr darin bestehen kann, lediglich mit dem Ertrag des Bodens die eigene Familie zu ernähren, daß es

heute nicht mehr genügt, nur Reis zu produzieren. Heute geht es zudem um eine verstärkte Mechanisierung und Rationalisierung durch Zusammenarbeit, um geringere Produktionskosten und stabile Preise zu erreichen. Mit finanzieller Unterstützung der Regierung sollen experimentell 75 mechanisierte Farmteams gegründet werden.

Man ist sich sehr wohl im klaren darüber, daß man damit erneut in die Gefahr gerät, stark in die Nähe des auf dem Festland praktizierten Programms zu kommen. Deshalb unterstreichen offizielle Stellen immer wieder, daß es sich um ein kooperatives, nicht um ein kommunales Projekt handele. Auf jeden Fall wird es vom Erfolg dieser „zweiten Landreform“ abhängen, ob die wachsenden Probleme der ländlichen Bevölkerung und damit eines Großteils aller Taiwaner (1969: 38,4%) gelöst werden können. Das große Angebot an Arbeitskräften, die in der Industrie und in den Städten eine Beschäftigung suchen, hat äußerst niedrige Löhne und eine daraus resultierende Investitionsfreude ausländischer Firmen zur Folge gehabt. Neuerdings will die Regierung diesen Trend jedoch bremsen.

In vielen Bereichen konnte die chinesische Tradition den neuen Gegebenheiten und Erfordernissen nicht standhalten. Bei der zunehmenden Entwicklung in Richtung auf eine Industriegesellschaft zerbrecen die Großfamilien in kleine Parzellen. Damit nimmt die Abhängigkeit von Einnahmequellen außerhalb des Familienkreises zu. Früher war die gesamte Familie unter einem Dach versammelt und von dem zur Verfügung stehenden Land abhängig. Kurz gesagt, die Familie übernahm die Funktionen einer wechselseitigen Wohlfahrtsgesellschaft, in der genauso für das Wohlergehen als auch für eine Art „Arbeitslosenversicherung“ gesorgt war wie für eine gesicherte Altersversorgung. Selbst unter den geänderten Bedingungen der heutigen Arbeitswelt in Taiwan werden noch manche Familientraditionen bewahrt. So gibt es weiterhin die Verpflichtung zur Versorgung eines unbeschäftigten Angehörigen. Eine Arbeitslosenversicherung ist bis heute nicht eingeführt. Deshalb fällt es auch so schwer, Angaben über Arbeitslose zu erhalten. Ende 1968 sollen es 200 000 gewesen sein.

Wandel der Familienstruktur

Die Regierung ist sich des steigenden Problems der *Zerstörung der traditionellen Familienstruktur* wohl bewußt, konnte aber bis heute kein überzeugendes Modell bieten, das die Folgen für die Gesamtgesellschaft verringern oder vermeiden könnte. Besonders stark ist die Desintegration in den Städten fortgeschritten. Die Basis der chinesischen Gesellschaft, die Familie, entbehrt ihres Rückhalts im Familienklan. Mangelnde soziale Sicherheit und die Lösung von der älteren Generation — ohne gleichzeitige neue Bindungen — sind die offensichtlichsten Folgen. In den Städten wird die Kleinfamilie, auf dem Land die „Drei-Generationen-Familie“ bevorzugt. In einem ungezeichneten, sehr gut recherchierten Beitrag der taiwanesischen Monatszeitschrift für Priester und Ordensleute, „Vox Cleri“ (Oktober 1969), sind die augenblickliche Situation der Familie auf Taiwan sowie die daraus abzulesenden Folgen für die Zukunft (auch der Kirchen) zusammengestellt. Besonders die jüngere Generation, ohne selbstgewählte Familie und unzufrieden mit der Art Liebesbeziehung, die sie in der eigenen Familie kennenlernte, sieht in Bandenbildung einen Ausweg. Steigende Ju-

gendekriminalität ist offensichtlich. Auch für die Erziehung, die früher größtenteils von der Familie ausgeübt wurde, hat diese Entwicklung weitgehende Folgen gezeigt. Kindergarten und Schule übernehmen fast ausschließlich die Funktion. Aber auch der Respekt vor den Ahnen, vor elterlicher Autorität, verblaßt in dieser neuen Struktur. In den Familien von Intellektuellen wird versucht, demokratische Methoden einzuführen, doch hat dies nach verschiedenen soziologischen Untersuchungen meistens zu einem Ende der elterlichen Autorität und gleichzeitig zu unsozialem Verhalten seitens der Jugend geführt. In den Familien von Regierungsbeamten und Geschäftsleuten hat sich eine größere Durchlässigkeit bzw. Doppelgleisigkeit von traditioneller und westlicher Erziehung durchgesetzt. Bei den Bauern, Arbeitern und Angehörigen der unteren Einkommensklassen dagegen wird die Tradition weiterhin bevorzugt gepflegt. Dies bedeutet aber keineswegs, daß von seiten der Jugendlichen Zustimmung und Hinnahme zu erwarten ist. Dafür sind die außerfamiliären Einflüsse viel zu groß. Dieser Zwiespalt führt auch dazu, daß das von der Familie üblicherweise auferlegte Bewußtsein, daß man sich vor „sozialen Lastern“, wie Trinken, Spiel, sexueller Hemmungslosigkeit und Narkotika, zu hüten habe, weitgehend verlorengegangen ist.

Die positiven Seiten der neuen Familienstruktur sollen aber auch nicht übersehen werden. In vielen Fällen hat sie zu mehr Selbstverantwortung des Einzelnen geführt. Zudem kann die Kleinfamilie eher als früher persönlichere Beziehungen zwischen den Eltern und ihren Kindern ermöglichen. Erhalten hat sich das Gefühl, daß die Erziehung von eigenen Kindern gleichzeitig eine Sicherheit für das Alter bedeutet.

Versuch einer westlich-chinesischen Synthese

In großen Anstrengungen der Regierung auf dem Erziehungssektor unternahm sie den Versuch, die meisten Aufgaben der Familie zu übernehmen. In den offiziellen Publikationen jedoch findet sich lediglich ein beachtenswertes Zahlenmaterial, über die inhaltliche Gestaltung und Unterrichtsziele erfährt man gewöhnlich nicht viel außer Schlagworten. Vorbildlich ist das System der allgemeinen Schulpflicht ausgebaut, so daß es heute nur noch 4 bis 5% Analphabeten geben soll (sofern man bei dem System der chinesischen Schrift und Sprache überhaupt solche Einteilungen machen kann). Das Ausmaß der gestellten Aufgabe wird erkennbar, wenn man daran denkt, daß augenblicklich 43% der gesamten Bevölkerung jünger als 15 Jahre alt ist. Mit dem Schuljahr 1968/69 wurde die allgemeine Schulpflicht von sechs auf neun Jahre ausgedehnt. Nach jüngsten Angaben gibt es auf Taiwan derzeit 79 Universitäten und Colleges, 778 Mittelschulen und 2167 Grundschulen. Liest man den ganzen Katalog von Forderungen und Mängeln, Wünschen und selbstgesetzten Zielen, die die „Erste Nationale Konferenz über die Entwicklung der Kinder und der Jugend“ im Juli vorigen Jahres ausgearbeitet hat, so muten einen die Pläne fast undurchführbar an. Vergleicht man aber diese Pläne mit dem bereits Erreichten, so wirken sie bescheiden.

Für die inhaltliche Ausrichtung gelten seit kurzer Zeit neue Richtlinien. Die überzeugenden Daten konnten nicht verhindern, daß laut Untersuchungen 10% aller Grundschulkindern psychologisch und sozial in keiner Weise angepaßt sind. Die geänderten Lehrpläne sind aber auch im Zusammenhang mit der seit 1966 laufenden Kampagne

einer „kulturellen Erneuerung“ Chinas zu sehen. Zwar hat es in der Geschichte der Herrschaft Tschiang Kai-scheks auf dem chinesischen Festland bereits eine ähnliche Version der Rückbesinnung auf überlieferte Werte und insbesondere auf Konfuzius gegeben, doch nach 1949 hatte man diesen Bereich viel weniger herausgestellt als die militärische Stärkung für die Rückgewinnung des Festlandes. Den propagierten Modellcharakter glaubte man im Wettlauf mit der Volksrepublik im übrigen im Bereich der Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Industrie und Landwirtschaft besser sichtbar machen zu können. Dazu bedurfte es der Übernahme von Kenntnissen und Techniken der Amerikaner. Nur in der Angleichung an das westliche Vorbild schien der „Sieg“ möglich.

Erst die *Kulturrevolution* auf dem Festland wurde in Taiwan zum Anlaß genommen, nun verstärkt die Gegenkultur, wie man sagt: die echte, traditionelle chinesische Kultur zu entwickeln, zu wahren und zu pflegen. So wie *Mao Tse-tung* auf dem Festland mit Hilfe der Kulturrevolution den revolutionären Elan erneuern und eingestete Fehlentwicklungen beseitigen wollte, versuchte sein Gegenspieler, das erlahmende Bewußtsein über die Aufgabe der Rückgewinnung mit dem Hinweis auf die Zerstörung chinesischer Kultur aufzufrischen. Plötzlich hatte man wieder neue Argumente, um auch in der über Berichte aus der Volksrepublik aufgeschreckten Weltbevölkerung wieder für Sympathien sorgen zu können. So wurde dem Mao-Kult die Rückbesinnung auf Konfuzius, den Roten Garden eine gehorsame, streng erzogene Jugend, dem Bild zerstörter Kulturgüter ein neues Museum mit der größten Sammlung chinesischer Kunst in der Welt gegenübergestellt.

Diese Aktion läßt sich nachträglich sehr gut verstehen (vgl. W. Tozer, Taiwans ‚Cultural Renaissance‘: A Preliminary View. In: „The China Quarterly“, Nr. 43, Juli-Sept. 70). Tozer sieht darin u. a. den Versuch Tschiang Kai-scheks, sich getreu seinen früheren Prinzipien erneut an die Aufgabe zu begeben, China zu modernisieren und ihm gleichzeitig die Tradition des Landes zu bewahren. Damit stünde er Mao sehr nahe, der sich im Grunde vor dem gleichen Problem sieht, denn bei aller spektakulären Kampfansage gegen die Tradition ist auch er im Grunde bemüht, *chinesische Eigenart und Eigenwerte* mit dem marxistischen Gedankengut des Westens zu verbinden. Tschiang scheint die Möglichkeit darin zu sehen, mit Hilfe eines neu-konfuzianischen Synkretismus chinesischer Tradition und westlicher Wissenschaft das Frühere zu bewahren. Die grundlegende Ansprache stammt vom 12. November 1966, als er am 101. Geburtstag von Sun Yat-sen, dem „Vater der Republik“, vor geladenen Gästen das Chung-shan-Gebäude als chinesisches Kulturzentrum eröffnete. Das am häufigsten im Zusammenhang mit der Erneuerung gebrauchte Motto heißt „San Min Chu I“. Es bezeichnet die drei Grundprinzipien von Sun Yat-sen, die dieser selbst zu Leibzeiten nie verwirklichen konnte. Zwar sah sich Tschiang Kai-schek schon immer als Nachlaßverwalter von Sun Yat-sen, doch wurde die Verbindungskette Konfuzius—Sun Yat-sen—Tschiang Kai-schek erst jetzt so offensichtlich. Die ursprüngliche Bedeutung des Prinzips, in dem sich die Grundideen von Konfuzius von der „großen Gemeinschaft“ widerspiegeln, wurde jetzt allerdings aktualisiert bzw. großzügig verändert. Aus der Forderung nach „Nationalismus—Demokratie—Wohlergehen des Volkes“ machte man jetzt „Ethik—Demokratie—Wissenschaft“.

In schneller Folge wurden die Anregungen für die Verankerung einer „Kulturellen Erneuerungsbewegung“ aufgegriffen. Bereits im Februar 1967 legte das Erziehungsministerium ein Textbuch mit den „grundlegenden Materialien“ vor, das auf den „Gedanken“ von Tschiang Kai-shek basierte. Für „Persönlichkeitsentwicklung und Disziplin“ wurden besondere Kurse an den Schulen und Hochschulen eingerichtet, Lehrer mußten an mehrwöchigen Schulungen über die neuen Prinzipien teilnehmen. Es konstituierte sich ein eigener Rat für die Entwicklung des Programms. In seiner Satzung wird als Ziel genannt: 1. die Regierung bei der Forschung, Schaffung und Fortsetzung des auf chinesischer Ethik, Demokratie und Wissenschaft beruhenden kulturellen Wiederaufbaus zu helfen; 2. Erziehungsinstitute in Taiwan und außerhalb zur Beschäftigung mit chinesischer Kultur anzuleiten; 3. Erziehung zu chinesischer Moral voranzutreiben; 4. Verhaltensnormen festzulegen und 5. eine „nationale Rettungsfront“ angesichts der Vorgänge auf dem Festland zu errichten. Das Feld der Erziehung wurde als wichtigster Motor für die Verwirklichung der Ideen angesehen. Große Hilfe erhoffte man sich von der Wiederveröffentlichung chinesischer Klassiker. Vom Tourismus über neue Literatur bis hin zum Fernsehen sollte alles eingebaut, berücksichtigt und angewandt werden.

Die *grundlegenden Richtlinien* sind Anfang 1968 unter dem Titel „Regulations Governing Implementation of the Chinese Cultural Renaissance Movement“ veröffentlicht worden (vgl. „Free China Review“, Februar und März 1968). Sie enthalten eine Fülle kleinlicher Vorschriften. Besonders der „Kodex des jugendlichen Verhaltens“ ist eine Fundgrube dafür. Da werden nebeneinander die Loyalität für den nationalen Führer, Respekt vor den Eltern, Hilfsbereitschaft für die Armen und das Absingen der Nationalhymne sowie die Ehrenbezeugung vor der Flagge gefordert. Die Jugend soll die Erwachsenen grüßen, sich sauber waschen, gut kleiden, nicht rauchen, trinken, spielen, keine Pornographie lesen, früh ins Bett gehen, pünktlich, treu, manierlich beim Essen sein. Sie sollen die Mützen in Räumen abnehmen, die Hände aus den Hosentaschen lassen, zum Beweis „des patriotischen Geistes“ heimatliches Material für die Kleidung benutzen. Der Bevölkerung schrieb man sogar vor, wieviel neue Opern innerhalb einer gesetzten Frist geschaffen werden müssen.

Die Christen in der Stagnation

Im Zusammenhang mit dieser „Bewegung“ sprach man zwar häufig von den „Weisen“ und Klassikern, direkter Bezug zu den verschiedenen *Religionen* war jedoch sehr selten. Dennoch sind viele Abhängigkeiten aufzuzeigen. Buddhismus und Taoismus erlebten in dieser Welle Neubelebung und stärkere Beachtung, während für die christlichen Kirchen damit der Anstoß zu größerer Beschäftigung mit dem Konfuzianismus, der chinesischen Tradition allgemein und den anderen Religionen gegeben war. Nicht von allen gern gesehen ist die aktive Teilnahme an der Initiative und späteren Durchführung der „Bewegung“ von seiten des Kardinals *Yü Pin*, dem früheren Erzbischof von Nanking und heutigen Rektor der katholischen Fu-Jen-Universität. Gerade die katholische Kirche Taiwans befindet sich in einem Stadium des Übergangs, der Selbstbehauptung und Erneuerung, in dem sie sich von allzu engen Bindungen an die Politik befreien sollte.

Früher machte die *katholische Kirche* auf Formosa viele Jahre hindurch von sich reden, weil sie bis 1965 steigende und vergleichsweise sehr hohe Konversionen zu verzeichnen hatte. Man schwelgte teilweise im Erfolg und stellte die gewagte Prognose, daß bei Fortsetzung des Trends Taiwan in ca. 30 Jahren ein christliches Land sein werde. Aus vielfältigen Gründen wurde dieser Optimismus gedämpft. Trotz ständig steigender Zahlen im Missionspersonal sinkt in den letzten Jahren die Kurve der *Konversionen* rapide. Seit 1968 mehren sich die Stimmen derjenigen, die auf diese Entwicklung aufmerksam machen und nach Gründen sowie entsprechender Therapie suchen. Jetzt, knappe drei Jahre später, läßt sich vielleicht die Behauptung aufstellen, daß dieses Alarmsignal für die Kirche äußerst günstig gewesen ist. Unabhängig von der von Regierungsseite verordneten und zweckbestimmten kulturellen Besinnung, hat es eine innerkirchliche, selbstkritische Besinnung und Überprüfung ausgelöst, die zu vielen neuen Impulsen und Bemühungen geführt haben. Viele theologische, ökumenische, missiologische und soziale Neuansätze sind erst durch diesen Anstoß möglich geworden. Allerdings wurde dadurch auch beträchtliche Unruhe in die Kirche getragen, die bis heute — zum Glück? — nicht zum Stillstand gekommen ist.

Von wenigen Tausend im Jahre 1949 entwickelte sich die katholische Kirche zu einer Gemeinschaft von mehr als 300 000. Die *Missionserfolge* unter den drei Hauptgruppen der Bevölkerung waren sehr unterschiedlich: von den malaiischen Ureinwohnern im Gebirge (insgesamt ca. 230 000) sind inzwischen mehr als 80% Christen (davon 60 000 Katholiken). Bei den vom Festland geflohenen Chinesen fand die Kirche zunächst guten Anklang, weil die Flüchtlinge die Zerstörung vieler ihrer Traditionen erleben mußten und auf der Suche nach Ersatz-Geborgenheit für ihre zurückgelassenen oder umgekommenen Familien zur Kirche stießen. Außerdem fühlten sie sich von den *ausländischen Missionaren* angezogen, die ihr Schicksal teilten und nach dem Verlassen der Wirkungsstätte auf dem Festland diese Arbeit auf Formosa gleich wieder fortsetzten. Unter den Taiwanesen war es zunächst schwieriger, Fuß zu fassen, da sie ihrerseits die Missionare gleichsetzten mit den ungeliebten neuen Herren vom Festland und im übrigen einen stark ausgeprägten Taoismus pflegten. Attraktiver wurden die christlichen Kirchen für sie durch die Einrichtung von Kindergärten, Schulen, einer Universität, durch Apotheken und Krankenhäuser. Viel materielle Not der Anfangsjahre wurde von kirchlichen Stellen gelindert. Bis heute hängt den christlichen Kirchen deshalb der nicht ganz unbegründete Vorwurf einer Neuaufgabe des „Reischristentums“ an. Nachträglich erscheinen vielen Missionaren die „Massenbekehrungen“ unheimlich. Erst spät merkte man, daß man zwar quantitative, aber keine qualitativen „Gewinne verbuchen“ konnte.

In einem Hirtenbrief ermahnte Erzbischof *St. Lokuang* von Taipeh am 21. September 1969 bereits Priester, Ordensleute und Katholiken, sich durch die abnehmenden Konversionen nicht entmutigen zu lassen. Er nannte vier *Gründe* dafür: 1. das schnelle wirtschaftliche Wachstum und zunehmender Materialismus, 2. fehlender Kontakt zu den Armen seit Beendigung der Spendenvergabe, 3. zersetzende Berichte in der Presse über Heiraten von Priestern und Nonnen sowie verzerrende Darstellungen über interne kirchliche Auseinandersetzungen (und zwar außerhalb Taiwans), 4. die fast zur Alleingültigkeit stili-

sierte Wissenschaft, die vielen die Religion unnütz erscheinen lasse. Zusätzlich betonte der Erzbischof, daß er sich nur gegen den Mißbrauch des Wohlstandes wende. Die Beendigung der Spendenverteilung könne die Kirche vom Verdacht schlechter Motive befreien. Außer diesen Gründen lassen sich allerdings noch viele weitere finden: So taufte die Missionare vielfach ohne genügende Unterweisung. Die heutigen Klagen über *geringe Teilnahme am kirchlichen Leben* haben hier ihren Ursprung. Zudem kann von diesen Christen kaum der Impuls zu weiteren Bekehrungen ausgehen. Die Kirche verliert wegen der starken Binnenwanderung immer mehr den Überblick und — was schlimmer ist — den Kontakt zu ihren Mitgliedern. Die Familienplanung mindert den natürlichen Zuwachs der Kirche. Von der Säkularisierung sind alle Religionsgemeinschaften betroffen. Der Druck der Examina und die strenge Auslese beanspruchen die Jugendlichen in Schule und Universität stärker als in anderen Ländern. Für religiöse Unterweisung bleibt dabei kaum Zeit. Sonntagsschulen und Ferienkurse sind Versuche, diesem Dilemma zu entgehen, doch kommen sie nur für einen Teil in Frage, da auch diese Zeit für Nebenverdienste und Studienfinanzierung genutzt wird. Die Ausbildung selbst war bisher sehr fachbezogen ausgerichtet und hat erst in letzter Zeit die neokonfuzianische und puritanische Ausrichtung erhalten. Es fehlt mittlerweile das Erlebnis des Umbruchs und der Ausweglosigkeit, wie man es nach dem Krieg und der Flucht überall antraf. Die christlichen Kirchen haben außerdem durch ihre riesigen Baumaßnahmen den Verdacht verstärkt, nur ausführendes Organ einer mächtigen, ausländischen Organisation zu sein.

Politische Bindung der Kirchen

In einer sehr ausführlichen Analyse im Hongkonger „Sunday Examiner“ (13. 3. 70) wies J. McGrath S. S. C. darauf hin, einer der tiefen Gründe des Rückganges der Konversionen (von 25 000 im Jahre 1956 über durchschnittlich 17 000 in den Jahren bis 1964 und 9300 im Jahre 1965 bis auf ca. 4600 im Jahre 1968 und den folgenden Jahren) liege in der allzu starken Hinwendung zu den *Festland-Chinesen*. Dies mußte die Kirche den Taiwanesen suspekt machen. Auch die Entsendung junger Missionare, die sich fast ausschließlich der Sozialarbeit oder der „Spezialseelsorge“ widmen wollen (und nicht an einem bestimmten Ort als Missionar oder Pfarrer, schon gar nicht auf dem Lande), hat die Verbreitung des Glaubens nicht gerade allgemein gefördert. Sie wollen nur mit der Elite arbeiten und diese zu Führern heranbilden. Dieses Verfahren bringt nicht nur eine ungerechtfertigte Einseitigkeit mit sich, sondern verlängert indirekt auch die Beibehaltung erstrangiger Arbeit unter den Festland-Chinesen. Nach „The China Quarterly“ (Nr. 44, Oktober/Dezember 1970, S. 38 ff.) haben die Taiwanesen weitgehend ihren Wohnsitz auf dem Lande und stellen viel weniger Führungskräfte als die ehemaligen Festlandbewohner.

Ein schweres Handikap ist die unverkennbare und offen proklamierte *Unterstützung der Politik Tschiang Kaischeks durch die Kirche*. Der von ihm proklamierte militante Antikommunismus findet — aus Überzeugung oder Pragmatismus — Hilfestellung bei kirchlichen Repräsentanten. Besonders Kardinal Yü-Pin, nominell Erzbischof von Nanking, ist seit Jahrzehnten in die Politik „verwickelt“. Er ist Mitglied der Nationalversammlung,

widersetzt sich jedem Kontakt zwischen dem Vatikan und Peking und unterstützte erst kürzlich in einem spektakulären Akt die kulturelle Erneuerungsbewegung der Regierung. Öffentlich ehrte er in einer Feierstunde die Ahnen — und zwar vor einer riesigen Landkarte Chinas. Daß die Ahnenverehrung von der Kirche gutgeheißen und neuerdings sogar gefördert wird, ist sicherlich zu begrüßen (vgl. dazu den interessanten Beitrag „Christliche Ahnenverehrung in China?“ von L. Gutheinz SJ in „Die katholischen Missionen“, 5/1971), die damit verbundene politische Demonstration jedoch äußerst fragwürdig. Zuviel in der Mission und Kirche Taiwans ist auf die Zeit nach der „Rückeroberung“ des Festlandes ausgerichtet. Die Schwierigkeiten für die Kirche treten spätestens in dem Moment auf, da der Anspruch der Regierung Tschiang Kaischeks auf „Alleinvertretung“ aller Chinesen endgültig isoliert ist. Die jetzige Haltung ist allerdings vielfach auch durch reinen Selbsterhaltungstrieb geprägt. Denn die von der Regierung gebilligte Religionsfreiheit gilt sicherlich nur so lange, wie sich die Kirchen bereiterklären, die Politik des Landes zu unterstützen. Die kürzliche Ausweisung protestantischer Missionare und der verzweifelte Versuch kirchlicher Delegationen Taiwans, auf internationalen Kongressen mit Hilfe von klaren Distanzierungen von eventuellen positiven Äußerungen gegenüber der Volksrepublik China ihre „Linie“ herauszustellen, sind nur zwei von vielen Indizien dafür.

Auf Seiten der Protestanten sehen die Probleme fast ähnlich aus. Nur läßt sich durch ihre Aufteilung in mehr als 50 Denominationen kein einheitliches Bild gewinnen. Zahlenmäßig sind die Protestanten (ca. 290 000) fast gleich vertreten wie die Katholiken. Presbyterianer und Methodisten stehen an der Spitze. Ähnlich wie die Katholiken haben auch sie sich im Schul- und Gesundheitssektor stark engagiert. Die ökumenische Arbeit auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren sehr verstärkt worden, während die theologische Aufarbeitung erst in den Anfängen steckt.

Wollen die Kirchen glaubwürdiger und dauerhafter wirken, werden sie sich vor allem in folgenden Bereichen bemühen müssen: 1. Abkehr von vorbehaltloser Unterstützung des Kuomintang-Regimes, 2. Verstärkung der Bemühungen um eine in der chinesischen Kultur und Tradition verankerte Kirche (Auseinandersetzung mit dem Konfuzianismus z. B.), 3. Dialog und Kooperation mit den anderen christlichen und nichtchristlichen Religionen (besonders Taoismus und Buddhismus). Es gibt bereits viele erfreuliche Ansätze dafür. Der *unübersehbare Einfluß des Konfuzianismus und die starke Stellung des mehr synkretistischen Taoismus* fordern geradezu diese Schwerpunkte heraus. Bei den Missionaren und Weltpriestern müssen in der Ausbildung neue Wege gefunden werden. Theologische Auseinandersetzungen unter den Priestern deuten sich bereits jetzt an. Der normalerweise konservative taiwaneseische Priester steht oft verwirrt vor theologischen Aussagen aus dem Westen.

Zukunft ungewiß

Schwerwiegende Entscheidungen sind für Regierung und Kirchen zu erwarten. Die politische Konstellation kann sich — wie die Ereignisse der letzten Monate gezeigt haben — plötzlich ändern. Die praktisch allein von der nationalistischen Kuomintang-Partei getragene Regierung

Tschiang Kai-scheks hält zur Zeit noch die Bevölkerung mit Zensur, Geheimpolizei und Sondergesetzen sowie einer für das Festland konzipierten Verfassung in der Hand. Ein Musterbeispiel stellt Taiwan lediglich mit seinem Lebensstandard dar. Mag die Angst vor den chinesischen Kommunisten auch das Motiv für diese Unfreiheit sein, so wird damit doch die Glaubwürdigkeit des Regimes als Alternative erschüttert. Aus Kenntnis der chinesischen Geschichte heraus wäre ein diplomatisches Agreement hinter den Fronten zwischen Nationalchina und der

Volksrepublik — nach einer Übergangsregelung — keineswegs auszuschließen. Der voraussichtliche Nachfolger Tschiang Kai-scheks, sein Sohn, ist mit einer Russin verheiratet und hat seine gesamte Ausbildung in Moskau erhalten. Die Unabhängigkeitsbewegung der Taiwaner wünscht sich eine unabhängige Republik Taiwan, die als solche auch Mitglied der UNO werden könnte. Wie auch immer die Entwicklung laufen wird, für die Kirchen könnte sich die lange, enge Bindung an das augenblickliche Regime in jedem Falle nachteilig auswirken . . .

Dokumentation

Das Synodendokument über das priesterliche Dienstamt

Das Priesterdokument, dessen Wortlaut wir im folgenden in eigener Übersetzung wiedergeben, wurde von einem Sonderausschuß unter dem Vorsitz von Kardinal J. Höffner ausgearbeitet. Ihm gehörten außerdem Kardinal V. Enrique y Tarancón, der Berichterstatter des praktischen Teils der Priesterfrage, der theologische Sondersekretär J. Medina, dessen theologische Fachgehilfen und die Relatoren der zwölf Sprachgruppen an. Diese nahmen die Arbeit sofort nach Abschluß der Gesamtdebatte über das erste Synodenthema auf, um einen abstimmungsreifen Text zusammenzustellen. Das Ergebnis war ein Dokument, das in 19 Abstimmungsabschnitte aufgeteilt war. Vierzehn davon erhielten in der ersten Abstimmung vom 2. November sofort die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die fünf restlichen Abschnitte, darunter die Einleitung und die verschiedenen Abschnitte über den Zölibat, erreichten erst im zweiten Durchgang am 5. November die notwendige Stimmenzahl. Die Unterschrift unter dem Abstimmungsdokument sollte den Papst in stand setzen, die Stimmen zu wägen und nicht nur zu zählen. Der einzelne stimmberechtigte Bischof war dabei nur dann an die Meinung seiner Bischofskonferenz gebunden, wenn diese ihm in einer bestimmten Frage eine bestimmte Meinungsäußerung auferlegt hatte. War dies nicht der Fall, so konnte er auch seiner eigenen abweichenden Auffassung, die er vielleicht erst im Laufe der Debatte revidiert hatte, folgen. Abgestimmt wurde nach dem bekannten Schema „placet“ (Ja), „non placet“ (Nein) und „placet iuxta modum“ (Ja, mit Vorbehalt). Bei der zweiten Abstimmung über die in den Text bereits eingearbeiteten Modi konnte nur noch mit „Ja“ oder „Nein“ gestimmt werden. Die Modi konnten jedoch nicht alle im einzelnen berücksichtigt werden. Praktisch hat man nur die wichtigsten Änderungsvorschläge zu den einzelnen Abschnitten — und auch diese nur summarisch — in die zweite hier folgende Textfassung eingearbeitet.

Einleitung

In den letzten Jahren, vor allem nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, durchlebt die Kirche eine tiefgehende Erneuerung, an der sich alle Christen mit großer Freude und in Treue gegenüber dem Evangelium beteiligen sollen. In ihr zeigt sich nämlich die Gegenwart des Wirkens des Heiligen Geistes, um unsere Sendung zu erleuchten, zu stärken und zu vollenden. Jede echte Erneuerung ist für die Kirche unbestreitbar von großem Wert und Segen. Wir wissen gut, daß durch das vergangene Konzil die Priester mit neuem Eifer erfüllt wurden und durch ihre tägliche Sorge viel zu dieser Erneuerung beigetragen haben. Wir haben so viele mutige Priester vor Augen, die treu zu ihrem Amt stehen und die in Völkern, wo die Kirche unterjocht wird, oder auch in Missionsländern ihr Leben ganz in den Dienst Gottes stellen und dabei zufriedener sind. Zugleich bringt aber diese Erneuerung auch eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, welche die Priester — seien sie Bischöfe oder

Presbyter — in besonders ausgeprägter Weise empfinden. Wir alle müssen in dieser Zeit der Erneuerung die Zeichen der Zeit erforschen und sie im Lichte des Evangeliums deuten (vgl. Gaudium et spes, Nr. 4), damit wir mit vereinten Kräften die Geister zu unterscheiden vermögen, ob sie aus Gott sind, damit nicht die Einheit der Sendung der Kirche durch Zweideutigkeiten verdunkelt oder die notwendige Anpassung durch Einförmigkeit verhindert wird. Indem wir so alles prüfen und das Gute übernehmen, vermag die heutige Krise durchaus zu einer Vertiefung des Glaubens zu führen.

Aufgrund seiner Bedeutsamkeit hat der Papst der diesjährigen Synode das Amtspriestertum als Beratungsthema vorgelegt. Viele Bischofskonferenzen haben dieses Thema mit ihren Priestern und öfters auch mit Laien vor der Synode durchgesprochen. Auch einige Presbyter wurden als Hörer gerufen, damit sie den Bischöfen, die über so hochbedeutsame Fragen verhandeln, zur Verfügung ständen.

Wir wollen unsere Pflicht mit jener evangelischen Einfachheit erfüllen, wie sie Hirten, die der Kirche dienen, ansteht. Eingedenk unserer Verantwortung für die brüderliche Gemeinschaft der Kirche wollen wir den Glauben unserer Brüder im priesterlichen Amt sowie aller Christen stärken, ihre Hoffnung aufrichten und ihre Liebe fördern. Mögen unsere Worte dem Gottesvolk und den ihnen dienenden Priestern Trost und Freude bringen!

Die Sendung der Kirche wurde in ihrer Reichweite vom Zweiten Vatikanischen Konzil ausführlicher erläutert, ja auch ihr Verhältnis zur Welt war Gegenstand, vor allem der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“. Die intensivere Beschäftigung mit dieser Materie war außerordentlich fruchtbar: Man hat klarer erkannt, daß das Heil keine abstrakte gleichsam historische oder überzeitliche Kategorie ist, sondern von Gott ausgeht und den ganzen Menschen sowie alle Menschen erfassen und sie in Freiheit zum Reich Gottes führen soll, damit Gott alles in allem sei (1 Kor. 15, 28).

Wie leicht einzusehen ist, sind auch einige Schwierigkeiten entstanden: Eine Reihe von Priestern fühlt sich von den Veränderungen, welche sich heute in den menschlichen Gemeinschaften abspielen, ausgeschlossen und nicht in der Lage, jene Fragen, die die Menschen heute bewegen, zu lösen. Daraus ergeben sich eine Anzahl von Fragen: Kann man die Laien eigentlich gleichsam von außen ermahnen? Vermag eigentlich die Kirche ohne die tätige Präsenz des Presbyters in einigen Gruppen hinreichend präsent zu sein? Wenn aber der Status des Presbyters so ist, daß er ihn vom Leben, wie es sich in der Welt abspielt, absondert, ist dann nicht der Status des Laien besser? Was soll man vom priesterlichen Zölibat in der lateinischen Kirche unter den heutigen Verhältnissen halten, was vom spirituellen Leben eines ganz in der Welt stehenden Presbyters?

Nicht wenige Priester, die in sich die durch die Säkularisierung entstandene Kontestationsbewegung spüren, empfinden auch das drängende Bedürfnis, die weltlichen Tätigkeiten zu heiligen